

WOLFGANG HETZER

FINANZ MAFIA

WIESO BANKER
UND BANDITEN
OHNE STRAFE
DAVONKOMMEN



WESTEND

WOLFGANG HETZER

FINANZ MAFIA

**WIESO BANKER UND
BANDITEN OHNE STRAFEN
DAVONKOMMEN**

WESTEND

INHALT

Vorwort von <i>Martin Schulz</i>	7
Einleitung	11
1 Am Abgrund	15
Das Beispiel Hypo Real Estate	24
Peer Steinbrück und die »Schuldfrage«	29
Ist die Krise schon vorbei?	33
Dieses Mal ist alles anders	38
Einsichten eines Finanzministers	44
Die Ellenbogengesellschaft der Topmanager	49
Maschinenherrschaft auf den Finanzmärkten	54
2 Riskante Produkte und Geschäftsmodelle	63
Schuld sind immer nur die anderen	67
Deregulierung der Finanzmärkte als neoliberales Globalisierungsprojekt	70
Rot-grüne Wegbereiter des Shareholder-Kapitalismus	77
Mehr Geschäfte mit immer weniger Kapital	82
3 Die Öffnung des deutschen Luftraums für die Heuschrecken dieser Welt	91
Strategien der Hedge-Fonds-Manager	96
Hedge-Fonds und Geldwäsche	101
Gegenmaßnahmen	105
4 Finanzmarkt und Mafia	108
Eine Kultur des Betrugs	110
Neue Formen der Organisierten Kriminalität	114
Wie Organisierte Kriminalität definiert wird	118
Finanzkrise und Organisierte Kriminalität	124

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und
die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-938060-70-4
© Westend Verlag, Frankfurt/Main 2011
Satz: Fotosatz Amann, Aichstetten
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

5 Business und Betrug	128
Einladung zum Betrug: steuerfreie Enklaven	129
Das Weltbild eines Bankangestellten	133
Die Geburtsstunde des Goldesels	138
6 Strukturierte Finanzprodukte und Strafrecht	147
Kapitalmarktkriminalität	148
Die Rolle der Ratingagenturen: aus Dreck Gold machen	152
Wie die Verbriefungen funktionierten	159
7 Möglichkeiten der Strafverfolgung	171
Untreuetatbestand	172
IKB Deutsche Industriebank AG	185
Untreue oder Unfähigkeit?	192
8 Die zweifelhaften Machenschaften mancher Banken	204
Eine feine Adresse: Privatbank Sal. Oppenheim	204
Die Geschäfte der HSH Nordbank	210
Die unheilige Allianz von Politikern und Bankern: Hypo Group Alpe Adria und die Bayern LB	226
Schluss: Korruption als Leitkultur	271
Anmerkungen	287
Abkürzungen	312
Glossar	314
Literatur	329

VORWORT

von Martin Schulz

Nach der Krise ist vor der Krise – dieser Eindruck drängt sich angesichts des wieder eröffneten Spielkasinos an den Finanzmärkten auf. Zwei Jahre nachdem Spekulanten die Welt in die schlimmste Finanzkrise seit 80 Jahren stürzten, wird an den internationalen Finanzplätzen schon wieder munter gezockt. Die Banker sind nicht nur zum »business as usual«, sondern auch zum »profit as usual« zurückgekehrt. Hohe Gehälter und Bonuszahlungen winken und verleiten viele Finanzjongleure wie früher zu hochriskanten Deals. Geht doch mal was schief, wird es der Staat schon wieder richten, scheint so manch einer von ihnen zu denken.

Nach der Krise ist vor der Krise – das bedeutet vor allem: Die nächste Krise droht bereits, wenn wir jetzt keine Vorkehrungen treffen. Erinnern wir uns an den schwarzen Montag an der Wall Street vor zwei Jahren, der eine Woche einläutete, in der die Hiobsbotschaften aus der Finanzwelt nicht mehr abreißen wollten. Eine geschockte Welt wurde Zeuge, wie am 15. September 2008 das 158 Jahre alte Traditionshaus, die drittgrößte amerikanische Investmentbank, Lehman Brothers, zusammenbrach. Zum Atemholen blieb keine Zeit. Rasant breiteten sich nach dem Erdbeben an der Wall Street Schockwellen über die globale Finanzwirtschaft aus, die Banken fielen wie Dominosteine, und Finanzkonstrukte brachen wie Kartenhäuser zusammen. Und wir alle machten die ungewohnte Erfahrung, uns um die Sicherheit unserer Bankguthaben zu sorgen: Ob ich morgen wohl noch Geld von meinem Konto abheben kann? Ist meine Rente angesichts fallender Aktienkurse noch sicher? Wird mein Haus an Wert verlieren? Wird die Welt in eine globale Rezession stürzen? Das war eine beängstigende Erfahrung.

Heute, zwei Jahre später, ist die akute Krisengefahr gebannt, den Regierungen gelang es, die Finanzmärkte mit bis dato unvorstellbaren Summen zu stabilisieren. Den Totalzusammenbruch konnten sie damit verhindern. Verhindern konnten sie jedoch nicht, dass die Finanzkrise auf die Realwirtschaft übergriff: Der Welthandel brach ein, Fabriken standen still, Arbeitslosenzahlen schnellten in die Höhe. Wieder kamen die Regierungen mit

riesigen Rettungspaketen zu Hilfe, die Zentralbanken drückten die Leitzinsen runter und pumpten so Geld in die Märkte, während die Regierungen Garantien für Banken aussprachen – laut Internationalem Währungsfonds (IWF) sprachen die Regierungen der USA, Großbritanniens und der Eurozone bis April 2009 Garantien im Wert von 8955 Milliarden US-Dollar aus. In Wirklichkeit waren die Garantien wohl nach oben unbegrenzt, die Regierungen verpfändeten das zukünftige Einkommen der Steuerzahler als Garantien für die von den Banken angehäuften Schuldenberge.

Nach der Krise ist vor der Krise – renommierte Ökonomen prognostizieren, dass sich die nächste Krise bereits abzuzeichnen beginnt: etwa als Blase auf dem chinesischen Immobilienmarkt oder auf den Rohstoffmärkten. Allerdings ist zu befürchten, dass die nächste Krise noch schlimmere Verheerungen nach sich ziehen würde als die letzte, träfe sie doch eine Weltwirtschaft, die gesundheitlich noch immer angeschlagen ist. Ganz klar heißt der Auftrag an die Politik deshalb: die Lehren aus der jüngsten Krise ziehen, um die Entstehung der nächsten zu verhindern.

Die Finanzkrise hatte mannigfaltige Ursachen. Erstens in der Ordnungspolitik: Während sich die Märkte globalisierten, ist die Politik nicht mitgewachsen, es haben sich parallel keine Strukturen einer globalen Ordnungspolitik herausgebildet. Vielmehr wurden Finanzinstitute auf der Mikroebene überwacht, die makroökonomische Kontrolle verlief länderbezogen, und ein systemweiter Überblick über die finanzielle und makroökonomische Entwicklung wurde vernachlässigt.

Zweitens ist die Geldpolitik zu nennen. So haben die USA durch eine expansionistische Währungspolitik, eine auf Verschuldung von Privathaushalten gestützte Binnennachfrage und hohe Staatsschulden dazu beigetragen, dass die Finanzmärkte destabilisiert wurden. Ausgelöst wurde die Finanzkrise in den USA – dem angeblich fortschrittlichsten Finanzmarkt der Welt – durch Subprime-Kredite, die nichts anderes sind als Hypothekenkredite von minderer Bonität, die Kreditnehmer sind dabei meist vermögenslose Privatpersonen. Zur Verschleierung wurden diese Kredite von den Banken in scheinbar sichere Pakete verpackt, sie wurden »verbrieft«. Geplatzt ist die Blase, weil sich durch steigende Zinsen und den Einbruch der Immobilienpreise die ungenügende Sicherung der Subprime-Kredite offenbarte.

Damit sind wir drittens bei den systemimmanenten Fehlern des Finanz-

systems wie der Komplexität und Undurchschaubarkeit von Finanzprodukten, kurzfristig ausgerichteten Vergütungssystemen, mangelhaften Geschäftsmodellen, der Zunahme komplexer außerbilanzlicher Produkte, sogenannter Swaps, und des Verbriefungsmechanismus infolge eines Schattenbankensystems, das die systemischen Risiken sogar noch erhöhte.

Da die Krise eben kein Unfall ist, der alle 100 Jahre einmal passiert, sondern auf systemimmanente Mechanismen zurückzuführen ist, steht uns früher oder später die nächste Krise ins Haus – solange wir nichts an der grundlegenden Organisation des Marktes ändern. Denn noch immer gilt die Aussage des Ökonomen John Maynard Keynes: »Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenprodukt der Aktivitäten eines Casinos ist, dann wird die Aufgabe wahrscheinlich schlecht erledigt.«

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns bitteres Lehrgeld für die Erkenntnis zahlen lassen, dass Europa eine koordinierte Wirtschaftspolitik braucht, die makroökonomische Ungleichgewichte abbaut und durch eine effektive Finanzmarktregulierung flankiert wird. In den dramatischen Tagen der Krise wurde »die Renaissance der Politik« verkündet. Es war schließlich der Staat, der eine Kernschmelze der Finanzmärkte und den Absturz in die globale Rezession verhinderte. Die Finanzkrise zwang die Deregulierer zum Offenbarungseid: Die unsichtbare Hand des Marktes wird schon alles richten, so lautete ihre Devise bis dato. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Finanzmärkte einen festen Ordnungsrahmen brauchen, denn von Kontrolle und Regulierung befreit, droht der entfesselte Kapitalismus seine eigenen Grundlagen aufzufressen, ja, sich regelrecht selbst zu kannibalisieren. Wird das System nicht signifikant verändert, dann entstehen in regelmäßigen Abständen Krisen. Das Ziel jeder Regulierung muss mehr Transparenz, bessere Kontrollen und strengere Regeln sein: Kein Finanzakteur, kein Finanzprodukt und kein Finanzmarkt dürfen künftig unreguliert bleiben.

Derzeit arbeiten wir im Europäischen Parlament an umfassenden Finanzmarktregulierungen und sind auf einem guten Weg. Die Regulierung von Ratingagenturen, höhere Eigenkapitalquoten von Banken, eine EU-Finanzmarktaufsicht für Banken, Wertpapiere und Versicherungen gehören ebenso wie harte Regulierungen für Hedge-Fonds und private Kapitalanleger zu den Erfolgen. Als nächstes knöpfen wir uns den Derivatehandel vor. Der Grundsatz, dass Verursacher, die Banker und Spekulanten,

die Zeche zahlen, muss endlich mit einer Finanztransaktionssteuer umgesetzt werden.

Wolfgang Hetzer stellt in seinem wortgewaltigen Buch unter anderem die berechtigte und interessante Frage nach der strafrechtlichen Aufarbeitung der Krise – die bislang gescheitert ist. Die Grenze zwischen unmoralischem und kriminellem Verhalten ist schwer zu ziehen, der Vorsatz, vorsätzliche Pflichtverletzung schwer zu beweisen. War es Unvorhersehbarkeit oder der Zusammenbruch eines Schneeballsystems? Handelte es sich um ein Systemrisiko oder Organisierte Kriminalität? Zwischen diesen Polen bewegt sich die öffentliche Debatte. Für Hetzer ist die Sache klar: Mit krimineller Energie wurden große Mengen Geld bewegt, und er sieht der Organisierten Kriminalität vergleichbare Netzwerke in der Finanzwirtschaft üble Geschäfte tätigen.

Man muss wahrlich kein Jurist sein, um zu sehen, was offenkundig ist: dass es sich um eine Gerechtigkeitslücke handelt, wenn die kleinen Leute die Zeche für die Finanzjongleure zahlen sollen, wenn von Gier getriebene Banker um des eigenen Profits willen ohne Rücksicht auf Verluste wirtschaftlich gesunde Unternehmen und ganze Volkswirtschaften in die Knie zwingen. Wir brauchen ein Umdenken: Das kurzfristige Shareholder-Value-Denken muss wieder durch langfristiges Wirtschaften ersetzt werden – langfristige Investitionen sollen auch langfristig Gewinne abwerfen und das in einer Finanzwirtschaft, die wieder der Realwirtschaft dient und in der persönliche Verantwortung gilt. Die Aufarbeitung der Finanzkrise, auch die strafrechtliche, ist ohne Zweifel Aufgabe der Politik, und da bleibt noch einiges zu tun.

EINLEITUNG

Die pflichtwidrige Vernichtung fremden Kapitals ist eine Straftat. Diese Auffassung hatte der amtierende Bundespräsident Christian Wulff zu Beginn des Jahres 2009 noch in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident Niedersachsens vor dem Hintergrund der Finanzkrise öffentlich geäußert. Sie beschreibt weder die Rechtslage noch die Realität zutreffend. Es gibt keinen Straftatbestand der »Kapitalvernichtung«. Und bislang ist noch niemand wegen der Verursachung der Finanzkrise rechtskräftig verurteilt worden. Hinter der Aussage des jetzigen Bundespräsidenten steckt wohl nur ein Wunschdenken, wenn auch ein sehr nachvollziehbares.

Dafür gibt es gute und schlechte Gründe. Niemals zuvor haben so wenige Menschen so vielen einen derart hohen Schaden zugefügt, wie dies in der bisherigen und sich weiter verschärfenden Finanzkrise geschehen ist und weiter passieren wird. Die naheliegende Frage, wer hierfür die Verantwortung trägt, führt aus der Sicht des ehemaligen Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück, ins »Nirwana«. Sein ehemaliger Amtskollege Frank-Walter Steinmeier erklärt gar: »Wer nach der Schuld fragt, liegt falsch.«¹ Und für den Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, ist niemand verantwortlich, weil es sich »nur« um ein Regulierungsversagen handelt.

Das Muster dieser Entwicklung scheint sich in einer Umformulierung des berühmten Romans von Robert Musil, *Mann ohne Eigenschaften*, in »Eigenschaften ohne Mann« zu verbergen. Die Teilnahme an Systemkriminalität ist offensichtlich ohne Strafbarkeitsrisiko. Die verantwortlichen Akteure auf den Finanzmärkten, die Politiker in den Aufsichtsgremien von Finanzinstituten und die Mitglieder der Parlamente scheinen auf den ersten Blick keine persönliche Schuld zu tragen. Das ist bemerkenswert, sind die schädlichen Wirkungen konkreten menschlichen Verhaltens doch nicht mit den Folgen einer Naturkatastrophe zu verwechseln.

Es geht nicht nur um die Bemessung des tatsächlichen Schadens individueller Anleger und Sparer. Wir stehen vor einem Szenario der Staatskrisen, in deren bisherigem Verlauf ganze Wirtschaftsregionen und Währungssysteme bis in die Grundfesten erschüttert wurden. Ein Ende ist nicht

absehbar. Die Bestrafung einzelner Täter und Gruppierungen wird keine grundsätzliche Abhilfe schaffen können. Soweit sich bestimmte Personen aber strafbar gemacht haben, ist und bleibt deren Verfolgung ein Gebot der Gerechtigkeit. Das Strafrecht ist in seiner gegenwärtigen Verfassung dafür nicht geeignet. Das gilt auch für Ausstattung und Qualität der zuständigen Behörden und Gerichte.

Zudem darf man sich keine Illusionen darüber machen, dass strafrechtliche Sanktionierungen für die Bewältigung historischer Umbrüche grundsätzlich ungeeignet sind. Die Finanzkrise und die damit verbundenen unübersehbaren Schäden sind auch das Ergebnis ordnungspolitischen Versagens. Für dessen Kompensation ist nicht der Staatsanwalt, sondern der Souverän, also alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, zuständig. Sie sollten sich überlegen, in welcher Form man auf das weitverbreitete Staatsversagen reagiert, das auch die Frage aufwirft, ob es eine »Korruption durch Inkompetenz« geben kann.

Leider kann sich das vorliegende Werk nicht mit allen aufgeworfenen Problemen angemessen beschäftigen. Es beschränkt sich auf die Frage, ob die internationalen Finanzmärkte zum Tummelplatz einer besonderen Art der Organisierten Kriminalität geworden sind, die es in einem Milieu höchster krimineller Energie, exquisiter fachlicher Qualifikation und korruptiver Verflechtung geschafft hat, die Zusammenhänge zwischen Arbeit, Leistung und Erfolg als Grundlagen einer bürgerlichen Gesellschaft und einer rechtsstaatlichen Kultur in einer jahrelangen hemmungslosen und selbstsüchtigen Bereicherungssorgie zu zerstören. Die damit verbundenen Risiken übersteigen das Potential jeder in der bisherigen Geschichte bekannten Verschwörung gegen alle bekannten Gemeinwesen.

Ein Anlass für die Arbeit an diesem Buch war eine Äußerung des griechischen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou während eines Aufenthaltes in Deutschland. Er hatte erklärt, dass sein Land auch deshalb in die derzeitige Lage gekommen sei, weil Korruption dort weit verbreitet sei. Es wäre dennoch völlig verfehlt, bestimmte Länder wie etwa Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Italien über einen Kamm zu scheren. Im Hinblick auf regelgerechtes Verhalten haben auch Länder wie Deutschland und Frankreich keine weiße Weste, wie deren frühzeitige Verletzung des europäischen Wachstums- und Stabilitätspaktes der Europäischen Union zeigt. Überall innerhalb und außerhalb Europas lässt sich zeigen,

wie ökonomische Interessen, politische Ambitionen und nationale Egoismen sich immer wieder in gesamtwirtschaftlich riskanter und tatsächlich schädlicher Weise verbunden haben.

Diese Verhältnisse und Vorgänge liegen außerhalb der Reichweite strafrechtlicher Normen. Sie folgen dem Primat der Politik. Mit dessen kritischer Erörterung können selbst für einen Analytiker existenzbedrohende Aspekte verbunden sein. Die Berufung auf die Meinungsäußerungsfreiheit ist nur ein unvollkommener Schutz gegen die Reaktionen von Vorgesetzten, vermeintlichen Autoritäten und von Machthabern aus der Wirtschaft und der Finanzwelt.

In Auseinandersetzungen gehen sie übrigens selten auf das faire Angebot ein, das in einem Hollywood-Film unterbreitet wurde: »Hören Sie auf, Lügen über mich zu verbreiten, dann höre ich auf, die Wahrheit über Sie zu sagen.«

Das vorliegende Buch stützt sich nicht nur deshalb ausschließlich auf allgemein zugängliche Quellen und reflektiert Verlauf und Inhalt einer öffentlichen Debatte. Es werden keine internen oder klassifizierten Papiere zitiert. Selbstverständlich gilt für alle genannten natürlichen Personen bis zur Rechtskraft einer eventuellen (wenn auch unwahrscheinlichen) Verurteilung die Unschuldsvermutung.

Die Vorbereitung dieses Projekts war nur möglich, weil der leider allzu früh im Januar 2010 verstorbene Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF/Office Européen de Lutte Anti-Fraude), Franz-Hermann Brüner, mit all seinen menschlichen und fachlichen Qualitäten die Bedingungen geschaffen hat, die dafür unabdingbar waren. Sein Tod hat in jeder Hinsicht eine große Lücke gerissen, die für lange Zeit nicht zu schließen sein wird. Trotz der dadurch entstandenen, oft nur schwer erträglichen personellen und sachlichen Widrigkeiten konnten die notwendigen Arbeiten fortgesetzt werden.

Das Werk ist deshalb dem Andenken von Franz-Hermann Brüner gewidmet.

Aber nicht nur ihm gebührt Dank. Meiner Lektorin, Beate Koglin, ist es in höchst professioneller Weise in unglaublich kurzer Zeit gelungen, ein monströses Manuskript in einen lesbaren Entwurf zu verwandeln.

Meine Agentin, Aenne Glienke, wurde nicht müde, mich fürsorglich zu betreuen.

Martin Schulz war als Mitglied des Europäischen Parlaments und Vor-

sitzender der Sozialdemokratischen Fraktion des Hohen Hauses bereit, ein in der Sache klares Vorwort beizutragen.

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Hans-Heiner Kühne, Universität Trier, und Justizrat Rechtsanwalt Professor Dr. Egon Müller, Saarbrücken, haben mit ihrem ausgewogenen Rechtsrat dazu beigetragen, dass ich in einer keineswegs immer freundlichen beruflichen Umgebung die erforderlichen Arbeiten guten Gewissens abschließen konnte.

Meiner Frau Susanne gilt mein besonderer Dank. Sie hat die Entstehung des Manuskripts mit engelsgleicher Geduld nicht nur ertragen, sondern konstruktiv begleitet, obwohl wir beide sehr viel Wichtigeres und Dringlicheres gemeinsam zu tun gehabt hätten.

Das Werk enthält nur meine persönlichen Auffassungen und verpflichtet die Europäische Kommission in keiner Weise.